

## 883 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXI. GP

Ausgedruckt am 21. 11. 2001

# Bericht des Unterrichtsausschusses

**über die Regierungsvorlage (643 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz vom 15. Dezember 1987, BGBl. Nr. 656, über die Abgeltung von bestimmten Unterrichts- und Erziehungstätigkeiten im Bereich des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst und des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft geändert wird**

Der Hauptinhalt der Gesetzesänderung betrifft Anpassungen, die sowohl wegen des Personenkreises der Lehrbeauftragten auf Grund der Weiterentwicklung der Schulorganisation als auch wegen des Akademien-Studiengesetzes 1999 erforderlich sind.

Gleichzeitig ist es auch im vorliegenden Gesetz erforderlich, die Umstellung von Schillingbeträgen auf Eurobeträge vorzunehmen.

Überdies sollen obsoletere Bestimmungen betreffend einen Zuschlag zur Vergütung im Falle der Umsatzsteuerpflicht gestrichen werden und weiters entfallen im Sinne einer gebotenen Verwaltungsvereinfachung Mitwirkungsrechte anderer Ministerien.

Der Unterrichtsausschuss hat die gegenständliche Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 14. November 2001 in Verhandlung genommen.

An der Debatte beteiligte sich im Anschluss an die Ausführungen der Berichterstatterin der Abgeordnete Dieter **Brosz**.

Bei der Abstimmung wurde die gegenständliche Regierungsvorlage einstimmig angenommen.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Unterrichtsausschuss somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (643 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, 2001 11 14

**Dr. Gertrude Brinek**

Berichterstatterin

**Werner Amon, MBA**

Obmann